



Deutscher Verein
für öffentliche
und private Fürsorge e.V.

aktuell

24.03.2017

Pressemitteilung

60 Jahre Römische Verträge: Debatte um die Zukunft Europas auch sozialpolitisch führen!

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. fordert die EU-Kommission auf, die aktuellen Debatten zur Zukunft der EU zu nutzen, um auch die soziale Dimension Europas zu stärken.

Berlin – „Die Europäische Union muss, wie schon 1957 in den Römischen Verträgen angedacht, die Lebensbedingungen der EU-Bürgerinnen und -Bürger sichtbar verbessern“, so Michael Löher, Vorstand des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. „Die Menschen müssen dies erleben, spüren. Damit können Menschen, jungen und alten, – und auch zukünftigen Generationen die Werte für ein offenes und friedliches Europa schlüssig vermittelt werden. Nur dann hat die EU eine positivere Zukunft vor sich“.

Der Deutsche Verein sieht in der aktuell laufenden europäischen Debatte, einschließlich des Weißbuchs zur Zukunft Europas, eine gute Gelegenheit für einen öffentlichen sozialpolitischen Diskurs. Mit der angekündigten „Europäischen Säule sozialer Rechte“ geht die Europäische Kommission aus Sicht des Deutschen Vereins bereits in die richtige Richtung. Schon in seinem [Beitrag zur Konsultation](#) begrüßt der Deutsche Verein eine Angleichung der europäischen Sicherungssysteme auf ein anspruchsvolles Niveau um einen verbesserten wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der EU zu erreichen.

Seit Jahren spricht sich der Deutsche Verein für eine stärkere soziale Dimension unter Wahrung der sozialpolitischen Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten aus.

Pressekontakt: Beate Maria Hagen,
Leiterin Vereins- und Mitgliederwesen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Michaelkirchstraße 17/18 ● 10179 Berlin ● Telefon 030 62980-614 ● Telefax 030 62980-150
presse@deutscher-verein.de ● www.deutscher-verein.de

„Politikerinnen und Politiker aller Ebenen, Interessensvertretungen und Verbände der Zivilgesellschaft sind angehalten, sich mit der Zukunft Europas auseinanderzusetzen und die Idee einer sozialen Europäischen Union zu entwickeln“, so Löher.

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. ist das gemeinsame Forum von Kommunen und Wohlfahrtsorganisationen sowie ihrer Einrichtungen, der Bundesländer, der privatgewerblichen Anbieter sozialer Dienste und von den Vertretern der Wissenschaft für alle Bereiche der Sozialen Arbeit, der Sozialpolitik und des Sozialrechts. Er begleitet und gestaltet durch seine Expertise und Erfahrung die Entwicklungen u.a. der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, der Sozial- und Altenhilfe, der Grundsicherungssysteme, der Pflege und Rehabilitation. Der Deutsche Verein wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.